

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 96 848 ppbn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,
Mitglied des SPD-Präsi-
diums, stellt Nachbemer-
kungen zum CDU-Wahlpapier
zur Inneren Sicherheit an:
Alfred Dregger und der
Terrorismus. Seite 1/2

Brigitte Erier MdB be-
grüßt den Durchbruch
auf der Seerechtskonfe-
renz: Die Entwicklungs-
länder haben nachgege-
ben. Seite 3/4

Dokumentation: Offener
Brief der Unidad Popu-
lar Jugend - Chile an
Franz Josef Strauß.
Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 165

29. August 1980

Alfred Dregger und der Terrorismus

Nachbemerkungen zum CDU-Wahlpapier zur Inneren Sicherheit

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Alfred Dregger hat kürzlich in seiner Eigenschaft als stellvertretender CDU-Vorsitzender ein Schreckensgemälde vom Zustand der inneren Sicherheit unserer Republik entworfen. Dieses Schreckensgemälde ist hinsichtlich wesentlicher Elemente, so etwa des Ausmaßes der Zunahme der Kriminalität oder des angeblichen Rückgangs der Aufklärungsquote nicht nur vom Bundesinnenminister, sondern - aparterweise - in einer Presseerklärung vom 13. August auch von Herrn Dr. Hillermeier, dem bayerischen Staatsminister der Justiz, korrigiert worden. Der Sprecher des Bundesjustizministeriums hat Herrn Dregger überdies vorgehalten, daß die Zahl der Morde in der Bundesrepublik entgegen dem von ihm genährten Vorurteil seit 1976 ständig zurückgeht (688 im Jahre 1978 gegenüber 707 im Jahr 1977 und 774 im Jahr 1976).

Ähnliche Vergrößerungen und Verkürzungen sind Herrn Dregger auch auf dem Felde der Bekämpfung des Terrorismus unterlaufen. Selbstverständlich ist der Terrorismus in der Bundesrepublik trotz aller Erfolge unserer Sicherheitsorgane auch heute noch eine Gefahr. Aber Herr Dregger übergeht in seinem Text,



- daß der Terrorismus eine weltweite Herausforderung darstellt, die beispielsweise europäische Nachbarländer unvergleichlich blutiger heimsucht als uns. Uns ist im ersten Halbjahr 1980 jedes Lebensopfer erspart geblieben. Demgegenüber sind dem Terror in der gleichen Zeit in Italien, in Spanien und in Nordirland viele Menschen zum Opfer gefallen; in der Türkei in den letzten neun Monaten sogar 1.652;
- daß die entscheidende Auseinandersetzung mit dem Terrorismus nicht der Polizei und der Justiz angeschlossen werden kann, sondern von allen verantwortungsbewußten gesellschaftlichen und politischen Kräften bei der Suche nach den Ursachen des Terrors und ihrer Überwindung geführt werden muß. Die CDU hat dieser Einsicht vorübergehend selbst Raum gegeben; so auf ihrem Kongreß über die geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus im Jahre 1977, der zu Recht allgemeine Aufmerksamkeit fand. Doch dies ist längst vordergründiger Wahlkampfpolemik zuliebe wieder preisgegeben worden.

Dabei werden auch die Resultate beiseite geschoben, die die Justiz in ihrem Zuständigkeitsbereich in den letzten Jahren erzielt hat. Sicherlich hatte die Justiz auf diesem ihr gänzlich ungewohnten Gebiet Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Und sicherlich gab es auch hier Fehler und Unzulänglichkeiten. Dennoch darf nicht einfach verschwiegen werden, daß Gerichte und Staatsanwaltschaften auf diesem Sektor bis zum 31. Juli 1980 Verfahren gegen 245 Personen rechtskräftig abgeschlossen und gegen 77 Personen bis zum Urteil erster Instanz geführt haben. Gegen 104 weitere Personen sind Anklagen erhoben worden. Diese Ergebnisse sind den Strafverfolgungsorganen nicht in den Schoß gefallen. Sie sind vielmehr die Folge eines unermüdlichen und unter persönlicher Gefährdung und den dadurch notwendig gewordenen Schutzvorkehrungen oftmals bis zur Grenze der Belastbarkeit entfaltetem persönlichen Einsatzes. Ihnen dafür Dank auszusprechen, ist ein Gebot des Anstandes. Es ist aber auch mittelbar ein wirksamerer Beitrag zur Erhöhung der inneren Sicherheit als die Behauptung ihrer Gefährdung auf der Grundlage tendenziöser und unvollständiger Wahlkampfpapiere. (-/29.8.1980/ks/ca)



Der Durchbruch ist geschafft

Die Entwicklungsländer haben auf der Seerechtskonferenz nachgegeben

Von Brigitte Erler MdB

Mitglied im Ausschuß für Forschung und Technologie und
im Ausschuß wirtschaftliche Zusammenarbeit

Entgegen alle Unkenrufen hat die jetzt abgeschlossene 9. Session der 3. UN-Seerechtskonferenz den großen Durchbruch geschafft: Man rechnet fest mit der Unterzeichnung einer Internationalen Seerechtskonvention schon im nächsten Jahr. Dies ist den Nachgeben vor allem der Entwicklungsländer zu danken.

In den letzten Jahren hatte sich die Konferenz an einem Konflikt festgebissen, der fast unlösbar schien, so daß immer wieder vor der Gefahr eines völlig Scheiterns der Konferenz stand, was zu dauernden Streitigkeiten bei der Nutzung der Meere und ihrer Reichtümer in allen möglichen Teilen der Welt bedeutet hätte. Deshalb war nun ein deutliches Aufatmen fast aller Teilnehmer zu verspüren, auch wenn es noch keinen endgültigen Text gibt, und wichtige Detailfragen wie Regelung bis zum Inkrafttreten der Konvention, die vorläufige Zuweisung der Felder zum Aufsuchen von Manganknollen oder die Teilnahme von Nichtstaaten wie EG oder Befreiungsbewegung noch beraten werden müssen.

Der Hauptkonflikt der letzten Zeit, der jetzt gelöst wurde, war folgender: Die Entwicklungsländer wollten das "gemeinsame Erbe der Menschheit", die Bodenschätze der Hohen See, einer Meeresbodenbehörde und ihrem Unternehmen (Enterprise) übertragen, damit deren Ausbeutung allen Staaten zugutekommen sollte. Die Industrieländer, vor allem die mit der entsprechenden hochentwickelten Technologie wie vor allem die USA, die Bundesrepublik Deutschland und Japan strebten weiterhin einen völlig freien Zugang an. Nach dem Kompromiß des Parallelsystems - die Hälfte der jeweils explorierten Felder wird von Enterprise, die andere von den privaten Konsortien ausgebeutet - bestanden nun die Industrieländer auf einem Vetorecht der Technologiebesitzenden Länder beim Rat der Meeresbodenbehörde, während die Entwicklungsländer nicht einsahen, warum die reichen Länder hier Sonderrechte erhalten sollten. Diese Frage wurde nun gelöst: Es soll vier genau definierte Kategorien von Entscheidungen geben. Für die wichtigste gilt das Konsensusverfahren, für zweite und dritte Dreiviertel- beziehungsweise Zweidrittel-Mehrheit und bei reinen Verfahrensfragen reicht die einfache Mehrheit.



Schon auf den früheren Sessionen konnte weitgehend Übereinstimmung hergestellt werden, über den Technologietransfer - Zwangsverkauf aller selbst angewandten Gewinnungstechnologie aber zu handelsüblichen Bedingungen -, über die von den Privatunternehmen zuleistenden Abgaben und über Produktionsbeschränkungen um die Landproduzenten nicht übermäßig zu schädigen. Somit bleibt zu hoffen, daß auf der einen Seite die Meeresbodenbergbau-Konsortien zu einer echten Kooperation mit der internationalen Behörde bereit sind und daß auf der anderen Seite die Meeresbodenbehörde nicht in ihrer eigenen Bürokratie erstickt. Nur so kann das Milliardengeschäft Manganknollen anstatt zum Dauerzankapfel zwischen armen und reichen Ländern zu werden dem Wohle der Menschheit dienstbar gemacht werden.

Die Ausweitung der Wirtschaftszonen auf 200 Seemeilen ist zwar aus der Sicht der Bundesrepublik auf den ersten Blick bedauerlich. Die Verteilungsungerechtigkeit sticht bei einem Blick auf die Landkarte nicht nur durch die Bevorzugung der Landküstenstaaten, sondern besonders der Länder mit Inselbesitz ins Auge. Aber in letzter Zeit ist unsere Industrie zu der Erkenntnis gelangt, daß dies auch für uns Vorteile haben kann, da eine Kooperation mit einzelnen Staaten leichter zu realisieren sein könnte, als die Zusammenarbeit mit der unter Umständen schwerfälligeren internationalen Behörde. Wirklich benachteiligten werden dadurch also eigentlich im wesentlichen nur die geographisch benachteiligten Entwicklungsländer, da ihnen die Technologie zur Kooperation mit den Küstenstaaten weitgehend fehlt. Aber ganz abgesehen davon, nützen Klagen über diese "Landnahme zur See" auch nichts. Denn die Errichtung der 200-Seemeilen-Wirtschaftszonen, wesentlich betrieben von den USA, hat sich inzwischen so verfestigt, daß kein Konferenzteilnehmer daran glaubt, daß hier noch etwas zu ändern sei. Vorwürfe aus der Opposition, die Bundesregierung hätte sich rechtzeitig mit den geographisch benachteiligten Staaten der Dritten Welt zusammen tun oder sich gar zu deren Wortführer machen wollen, erscheint jedem Kenner internationaler Konferenzen der letzten Jahre absurd: Die Gruppe der 77 läßt sich nicht mehr auseinanderdividieren. Es gab sogar die ganze Zeit über schon erheblichen Widerstand dagegen, daß wir überhaupt als eine der reichsten Industrienationen in der Gruppe der "Benachteiligten" mitarbeiten wollten. So meine ich, können wir mit dem jetzigen Ergebnis der Konferenz weitgehend zufrieden sein, zumal die für unsere Handelsschifffahrt so wesentlichen Durchfahrtsrechte befriedigend gelöst worden sind. Wenn wir es schaffen, unsere bilaterale Kooperation weiter zu intensivieren, auf den Gebieten, Fischfang, Forschung und Meeresbodenausbeutung, im Bereich der jeweiligen Wirtschaftszonen und uns bezüglich der hohen See- und ihrer Meeresbodenbehörde kooperativ verhalten wird die deutsche Wirtschaft Nutzen aus der Seerechtskonvention ziehen. Denn eine internationale Übereinkunft, auch wenn sie uns nicht in allen Punkten entgegenkommt, sichert auch bei uns Arbeitsplätze und Wohstand, da sie Unsicherheit und latente und offene internationale Konflikte verhindert.

(-/29.8.1980/ks/ca)

+ + +

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

DOKUMENTATION

Carlos Morales, Exekutiv-Sekretär der Unidad Popular Jugend-Chile in der Bundesrepublik Deutschland, hat sich mit folgendem Offenen Brief an den Unions-Kanzlerkandidaten Strauß gewandt.

Was werden Sie unternehmen, Herr Strauß?

Sehr geehrter Herr Strauß!

Ich bin Chilene und lebe seit 1975 in der Bundesrepublik Deutschland im Exil.

Wie jeder Chilene und wie viele Demokraten in der ganzen Welt verfolge ich mit großer Anteilnahme die Ereignisse in meinem Land.

Im November 1977, als Sie anlässlich des 125. Jahrestages des Beginns der deutschen Einwanderung nach Chile in meiner Heimat weilten, habe ich mit großer Aufmerksamkeit folgende Worte zur Kenntnis genommen, mit denen Sie sich (einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. November 1977 zufolge) am 19. November 1977 an General Pinochet wandten:

"Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Ihrem Lande, gleichgültig von woher sie bedroht wird, erhalten bleibt und arbeiten Sie daran, daß Disziplin, Fleiß, Leistung, Opferbereitschaft und Gemeinschaftssinn ein blühendes Land Chile schaffen, in dem jeder Bürger mit Stolz sagen kann, ich bin ein freier Chilene."

Wie Sie sicherlich wissen, hat General Pinochet Ihren damaligen Auftrag bisher nicht erfüllt.

In Chile kann heute keiner (außer den Machthabern selbst) mit Stolz sagen: "Ich bin ein freier Chilene."

Unter anderen können das nicht sagen:

- die cirka 40.000 von den "Sicherheitskräften dieses Regimes Ermordeten;
- die über 2.500 von eben diesen Sicherheitskräften" Verschleppten, von denen jede Spur fehlt;
- die Studenten, die auf Grund ihres Einsatzes für Demokratie an den Universitäten an entlegene Orte verbannt wurden;
- die fast eine Million Chilenen, die im Exil leben müssen;
- die nach Schätzung der Gewerkschaften etwa 30 Prozent Arbeitslosen;

Insbesondere kann der christdemokratische Student Eduardo Jara, der am 23. Juli 1980 verhaftet und verschleppt wurde und am 2. August 1980 an den Folgen der Folterungen starb, (selbst wenn er wollte) nicht mehr sagen, er sei ein freier Chilene.

Die oben angeführten Tatsachen sind durch die Jahresberichte der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen erhärtet worden und haben dazu geführt, daß die in Chile regierende Militärjunta Jahr für Jahr von der UN-Vollversammlung wegen der Verletzungen der Menschenrechte mit hoher Stimmenmehrheit verurteilt wurde.

Von besonderem Ernst ist darüber hinaus die Tatsache, daß sich General Pinochet gegenwärtig anschickt, auch in den folgenden mindestens sechzehneinhalb Jahren Ihren Auftrag vom November 1977 nicht zu erfüllen.



Wie Sie wissen, hat General Pinochet für den 11. September 1980 einen sogenannten Volksentscheid über einen von ihm vorgelegten Verfassungsentwurf angesetzt, zu dem keine Alternative zur Wahl steht. Wie Sie sich selbst durch Einsicht in den (von "El Mercurio" am 11. August 1980 veröffentlichten) Verfassungsentwurf überzeugen können, geht es hierbei nicht hauptsächlich um die Annahme eines eigentlichen Verfassungstextes, sondern vielmehr um die darin enthaltenen vorübergehenden Bestimmungen, die General Pinochet unter anderem folgende Privilegien und Machtbefugnisse einräumen:

- General Pinochet bleibt Staatschef und zwar für weitere acht Jahre ab dem 11. März 1981.
- Nach Ablauf dieses Zeitraums ernennt die (von General Pinochet ernannte) Militärjunta einen einzigen Kandidaten für das Amt des Staatschefs. Einer Ernennung General Pinochets für diese Kandidatur steht nichts im Wege.
- Während der ersten acht Jahre regiert General Pinochet ohne ein Parlament, und die gesetzgebende sowie die verfassungsgebende Macht werden durch die von ihm selbst ernannte Junta ausgeübt. Alle Bestimmungen des Verfassungsentwurfs können also noch nachträglich (und zwar "verfassungsmäßig") von der Junta abgeändert werden.
- Während (das heißt vorläufig während) der ersten acht Jahre ist General Pinochet befugt, per Dekret unter anderem den Ausnahmezustand und den Belagerungszustand zu verhängen; Personen "in ihren eigenen Wohnungen oder an Orten, die keine Haftanstalten sind", für bis zu zwanzig Tage ohne Auskunft über ihren Verbleib unter Arrest setzen zu lassen; Personen für bis zu drei Monate an einen beliebigen Ort des Landes zu verbannen; das Versammlungsrecht und die Pressefreiheit beliebig einzuschränken; Personen willkürlich des Landes zu verweisen beziehungsweise ihnen die Einreise ins Land zu verbieten.

Wie Sie sehen können, verwandelt der anstehende Verfassungsentwurf Chile in eine "konstitutionelle Diktatur".

Da es zudem, wie Sie sich an Hand des (von "El Mercurio" am 12. August 1980 veröffentlichten) Dekrets über die Durchführung des geplanten Volksentscheids selbst überzeugen können, keinerlei Zweifel hinsichtlich der absoluten Kontrolle des gesamten Abstimmungsvorgangs durch die Militärjunta oder von ihr ernannte Amtspersonen geben kann, existiert nicht die mindeste Garantie dafür, daß der anstehende Verfassungsentwurf überhaupt abgelehnt werden kann.

So ist es sicher auch für Sie nicht verwunderlich, daß sich inzwischen die allerbreitesten demokratischen Kreise und Kräfte in Chile gegen den Verfassungsentwurf und überhaupt gegen den geplanten Volksentscheid ausgesprochen haben, darunter die christdemokratische Partei, die Parteien der Unidad Popular, die Sozialdemokratischen Arbeitskreise, die "Gruppe der 24" zur Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung, die rechtsliberale "Gruppe für Verfassungsstudien" und eine Gruppe von 119 Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, die in ihrer Erklärung ausdrücklich darauf hinweisen, daß "einige der Unterzeichner die Militärjunta unterstützen oder in der Vergangenheit unterstützt haben". Ja, selbst das ehemalige Juntamitglied, General Leigh, hat sich offen gegen den beabsichtigten Volksentscheid ausgesprochen.

Wie Sie wissen, ist für ein Land wie Chile die Haltung der Industrieländer, vor allem hinsichtlich der wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Beziehungen von größter Wichtigkeit. Dies wird im Falle der Bundesrepublik Deutschland, als dem gegenwärtig zweitgrößten Handelspartner Chiles, besonders deutlich.

Darum nehme ich erneut Bezug auf Ihre oben zitierten, an General Pinochet gerichteten Worte und erlaube mir, Ihnen folgende Frage zu stellen:

"Was werden Sie in Ihrer Funktion als Vorsitzender der CSU, als Kanzlerkandidat der CDU/CSU und als möglicher Bundeskanzler unternehmen, damit Ihr Wunsch nach einem freien Chile verwirklicht wird?"

Mit der Bitte um Beantwortung verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung

Carlos Morales
(-/29.8.1980/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl